

Beschlussempfehlung und Bericht des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Agnes Brugger, Volker Beck (Köln), Marieluise Beck (Bremen), weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 17/9983 –**

Konsequent vorangehen für eine atomwaffenfreie Welt

A. Problem

Atomwaffen sind eine Bedrohung für Frieden und Sicherheit in der Welt, denn es sind nicht nur neun Staaten in Besitz von Nuklearwaffen, sondern mehr als vierzig Staaten verfügen auch über die technologischen Fähigkeiten, solche Waffen zu erlangen. Auch die zivile Nutzung von Nukleartechnologie stellt eine ökologische und sicherheitspolitische Bedrohung dar. Nachdem US-Präsident Barack Obama 2009 seine Vision einer nuklearwaffenfreien Welt in Prag vorgestellt hat, wurde auch ein neuer START-Vertrag mit Russland unterzeichnet. Es braucht jetzt deutlich weitergehende Abrüstungsschritte, die qualitative Aufrüstung bei quantitativer Abrüstung verhindern. Die Bundesrepublik Deutschland kann mit Atomwaffen auf dem eigenen Territorium keine glaubhafte Position für atomare Abrüstung einnehmen, weswegen die Bereitstellung und Modernisierung der zum Einsatz benötigten Strukturen eingestellt werden muss. Innerhalb der NATO soll Deutschland für eine neue Strategie eintreten, die auf den Ersteinsatz von Atomwaffen verzichtet und den Abzug aller US-Atomwaffen aus Europa vorsieht. Bilaterale Abrüstungsverhandlungen zwischen Russland und den USA sollen begleitend unterstützt werden. Es ist darüber hinaus eine Stärkung des Vertrages über die Nichtverbreitung von Kernwaffen (NVV) nötig. Das schließt die Umsetzung des 2010 beschlossenen Aktionsplans und insbesondere die Durchführung einer Konferenz über eine massenvernichtungswaffenfreie Zone im Nahen Osten sowie Bestrebungen mit ein, den NVV zu universalisieren und die nichtoffiziellen Atomwaffenstaaten zum Beitritt zu bewegen. Der Brennstoffkreislauf muss multilateralisiert, ein Kernwaffenregister eingerichtet und Transparenz in Bezug auf spaltbares Material vorangetrieben werden. Die Ratifizierung des Vertrages über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen (CTBT) und die Ausarbeitung des FMCT sind voranzutreiben. Nationaler und internationaler Atomausstieg sollen das Risiko der doppelten Verwendung von zivil und militärisch verwendbaren Gütern eindämmen. In Mitteleuropa muss eine nuklearwaffenfreie Zone als Wegbereiter für ein atomwaffenfreies Europa eingerichtet werden. Der verstärkte Einsatz für weltweite und allgemeine Abrüstung und eine atomwaffenfreie Welt ist durch die Beteiligung an der Ausarbeitung einer Konvention zu flankieren, die Nuklearwaffen

ächtet. Im Konflikt über die Atomprogramme Nordkoreas und des Irans ist eine Verhandlungslösung anzustreben.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD.

C. Alternativen

Keine.

D. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand

Keine.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 17/9983 abzulehnen.

Berlin, den 13. März 2013

Der Auswärtige Ausschuss

Ruprecht Polenz
Vorsitzender

Roderich Kiesewetter
Berichterstatter

Uta Zapf
Berichterstatterin

Dr. Rainer Stinner
Berichterstatter

Jan van Aken
Berichterstatter

Marieluise Beck (Bremen)
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Roderich Kiesewetter, Uta Zapf, Dr. Rainer Stinner, Jan van Aken und Marieluise Beck (Bremen)

A. Allgemeiner Teil

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 17/9983** in seiner 222. Sitzung am 21. Februar 2013 in erster Lesung beraten und zur federführenden Beratung dem Auswärtigen Ausschuss, zur Mitberatung dem Verteidigungsausschuss und dem Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit überwiesen.

Der Auswärtige Ausschuss hat den Antrag auf Drucksache 17/9983 in seiner 78. Sitzung am 27. Februar 2013 zur gutachtlichen Mitberatung an den Unterausschuss Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Atomwaffen sind eine Bedrohung für Frieden und Sicherheit in der Welt, denn es sind nicht nur neun Staaten in Besitz von Nuklearwaffen, sondern mehr als vierzig Staaten verfügen auch über die technologischen Fähigkeiten, solche Waffen zu erlangen. Auch die zivile Nutzung von Nukleartechnologie stellt eine ökologische und sicherheitspolitische Bedrohung dar. Nachdem US-Präsident Barack Obama 2009 seine Vision einer nuklearwaffenfreien Welt in Prag vorgestellt hat, wurde auch ein neuer START-Vertrag mit Russland unterzeichnet. Es braucht jetzt deutlich weitergehende Abrüstungsschritte, die qualitative Aufrüstung bei quantitativer Abrüstung verhindern. Die Bundesrepublik Deutschland kann mit Atomwaffen auf dem eigenen Territorium keine glaubhafte Position für atomare Abrüstung einnehmen, weswegen die Bereitstellung und Modernisierung der zum Einsatz benötigten Strukturen eingestellt werden muss. Innerhalb der NATO soll Deutschland für eine neue Strategie eintreten, die auf den Ersteinsatz von Atomwaffen verzichtet und den Abzug aller US-Atomwaffen aus Europa vorsieht. Bilaterale Abrüstungsverhandlungen zwischen Russland und den USA sollen begleitend unterstützt werden. Es ist darüber hinaus eine Stärkung des NVV nötig. Das schließt die Umsetzung des 2010 beschlossenen Aktionsplans und insbesondere die Durchführung einer Konferenz über eine massenvernichtungswaffenfreie Zone im Nahen Osten, sowie Bestrebungen mit ein, den NVV zu universalisieren und die nichtoffiziellen Atomwaffenstaaten zum Beitritt zu bewegen. Der Brennstoffkreislauf muss multilateralisiert, ein

Kernwaffenregister eingerichtet und Transparenz in Bezug auf spaltbares Material vorangetrieben werden. Die Ratifizierung des CTBT und die Ausarbeitung des FMCT sind voranzutreiben. Nationaler und internationaler Atomausstieg sollen das Risiko der doppelten Verwendung von zivil und militärisch verwendbaren Gütern eindämmen. In Mitteleuropa muss eine nuklearwaffenfreie Zone als Wegbereiter für ein atomwaffenfreies Europa eingerichtet werden. Der verstärkte Einsatz für weltweite und allgemeine Abrüstung und eine atomwaffenfreie Welt ist durch die Beteiligung an der Ausarbeitung einer Konvention zu flankieren, die Nuklearwaffen ächtet. Im Konflikt über die Atomprogramme Nordkoreas und des Irans ist eine Verhandlungslösung anzustreben.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Verteidigungsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 17/9983 in seiner 135. Sitzung am 13. März 2013 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat den Antrag auf Drucksache 17/9983 in seiner 93. Sitzung am 13. März 2013 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

Der **Unterausschuss Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung** hat den Antrag auf Drucksache 17/9983 in seiner 50. Sitzung am 13. März 2013 gutachtlich beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD die Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 17/9983 in seiner 80. Sitzung am 13. März 2013 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD die Ablehnung.

Berlin, den 13. März 2013

Roderich Kiesewetter
Berichtersteller

Uta Zapf
Berichterstellerin

Dr. Rainer Stinner
Berichtersteller

Jan van Aken
Berichtersteller

Marieluise Beck (Bremen)
Berichterstellerin